

Graue Donau, Schwarzes Meer




Christian Reder, Erich Klein (Hg.)

Graue Donau, Schwarzes Meer

Wien
Sulina
Odessa
Jalta
Istanbul

Herausgegeben von Christian Reder und Erich Klein

 Springer Wien New York



„Sich neuerlich festfahrende Vorstellungen von Ost und West überwinden“

Ost- und Südosteuropa als Labor für die Probleme
des 21. Jahrhunderts



Wolfgang Petritsch – als EU-Sonderbeauftragter für den Kosovo und EU-Chefverhandler bei den Friedensverhandlungen von Rambouillet und Paris sowie als Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina über Jahre hinweg auf höchster diplomatischer Ebene in die Situation auf dem Balkan involviert – **im Gespräch mit Christian Reder**

CHRISTIAN REDER: Die einschneidende weltpolitische Wende ist nun bald zwanzig Jahre her. Deutlicher denn je zeigt sich, dass die Regionen am Unterlauf der Donau und am Schwarzen Meer – das Thema dieses Buches – *die* neuralgische Zone für die beabsichtigte Konsolidierung der Europäischen Union sein werden, mit der Türkei, mit der Ukraine, mit Russland, dem Kaukasus als gewichtigen Einflussfaktoren. Wie siehst du das, als exponierter Insider, mit all deinen Erfahrungen im zerbrechenden Jugoslawien?

WOLFGANG PETRITSCH: Ein grundlegender Fehler war, dass weithin – wenn auch in diffuser Weise – geglaubt worden ist: Jetzt, nach dem Kalten Krieg, wird alles gut. Fukuyamas kurz-sichtige These vom „Ende der Geschichte“ hat das nur auf den Punkt gebracht. Negiert wurde, was als Kontinuitäten durch alle Ismen hindurch – Nationalsozialismus, Kommunismus, Nationalismus – weiter wirkt, welche Konstanten die Strukturen, Denkgewohnheiten, Verhaltensmuster, kurz die jeweiligen Lebensweisen prägen. Geschichte wird weiter *jetzt* gemacht, als weiterwirkende Gegenwart. Dass es nach dem Ende des Kalten Krieges nun einer lichten Zukunft entgegengehe, stellte sich rasch als illusionär heraus. Davor lange Undenkbare – der Ausbruch eines regelrechten Krieges auf europäischem Boden – hat Europa als Friedensprojekt drastisch in Frage gestellt. Mangels anderer Vorstellungen kam es zu Rückprojektionen. Neuerlich wurde der westliche Nationalstaat mit seiner in langen Prozessen homogenisierten Bevölkerung als Muster auf den Osten projiziert, weil dadurch, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, eine Reduktion von Konfliktpotenzialen erwartet wurde.

CHRISTIAN REDER: Träume von Größerem, durch ein ungerichtetes Schicksal, durch die Gemeinheit anderer Verlorenem, sind selbst unter gelassenen jüngeren Menschen präsenter als weiter westlich, ob es nun Siebenbürgen, Serbien, Moldawien, den Kosovo oder Mazedonien betrifft, während sich selbst verbissene Südtiroler mit den – sich ohnedies auflösenden – Grenzen sichtlich abgefunden haben ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... es gibt also durchaus Beispiele, wie mit Phantomschmerzen, verursacht durch vom „Volkkörper“ abgetrennte Glieder, wie es immer wieder heißt, umzugehen wäre. Durch die europäische Integration sinkt das ins nicht mehr so Relevante ab, wird von anderen Vorteilen in

Balance gehalten. Sprachliche und kulturelle Doppelzugehörigkeiten als positiv zu begreifen, als Potenzial zwischen Lokalem, Nationalem und Globalem, wäre somit für ähnliche Problemlagen durchaus ein Weg.

CHRISTIAN REDER: In Jugoslawien schien das über Jahrzehnte hinweg Realität zu sein, mit Serbokroatisch als vereinheitlichter Sprache. Das hat der Sozialismusversion Titos Respekt eingebracht, der über Bewunderung von Selbstverwaltung und „Drittem Weg“ der Blockfreien – mit Nehru, Sukarno, Nasser als weiteren Exponenten – hinausgegangen ist, obwohl interne Kritik – Milovan Djilas, die „Praxis-Gruppe“ – polizeistaatlich unterdrückt wurde. Zugleich ist im Westen dauernd vom drohenden Zerfall dieses als künstlich geltenden Staates die Rede gewesen. Während meines Wehrdienstes beim österreichischen Bundesheer jedenfalls sind wir, abgesehen von Atomübungen anlässlich der Kubakrise von 1962, ausschließlich auf diesen Krisenfall eingestimmt worden, der einen Vormarsch der Sowjetarmee von der ČSSR her durch Österreich in Richtung Belgrad als Möglichkeit erscheinen ließ. Als es dann tatsächlich zur Jugoslawienkrise kam, taten alle Kenner sehr überrascht. War das tatsächlich unvermeidbar?

WOLFGANG PETRITSCH: Emotional bin ich auch auf der Seite jener, die bedauern, dass dieses Jugoslawien auseinandergebrochen ist, weil es Unmögliches zu schaffen schien und es im Weiteren eine interessante Rolle hätte übernehmen können. Das Jugoslawien Titos ist wohl in erster Linie am gleichsam verfassungsmäßig verankerten Widerspruch zwischen den ‚progressiv-nationalistischen‘ Teilrepubliken und dem serbisch dominierten Zentrum, bestehend aus Partei und Volksarmee, gescheitert. Das Ende des Sowjetkommunismus hat überdies im Westen die *raison d’être* für diesen Pufferstaat zwischen den ideologischen Supermächten obsolet gemacht. Wäre nämlich seine Einheit erhalten geblieben, spricht alles dafür, dass es als einer der ersten Staaten dieser Region in die EU aufgenommen worden wäre.

CHRISTIAN REDER: Gerade die außenpolitische Mitwirkung Deutschlands und Österreichs wird jedoch mitverantwortlich gemacht, dass es nicht so gekommen ist, weil eine Desintegration betrieben wurde, von Leuten, die sich ansonsten als Integrationsapostel hervorgetan haben. Eine solche Schuldzuweisung hält der konservative österreichische Spitzendiplomat

Albert Rohan für Idiotie. Zitat: „Eine der dümmsten, aber auch langlebigsten Thesen besagt, dass der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien durch die ‚vorzeitige‘ internationale Anerkennung einzelner Republiken ausgelöst worden sei“ (Albert Rohan: *Diplomat am Rande der Weltpolitik*). Auch für Erhard Busek, immerhin Sonderkoordinator des „Stabilitätspakts für Südosteuropa“, werde in der Debatte um „die voreilige Anerkennung“ verkannt, „dass die verschiedenen Nationen im Vielvölkerstaat Jugoslawien miteinander nichts mehr im Sinn hatten und die Anerkennung bestenfalls eine völkerrechtliche Wirkung hatte, nämlich überhaupt der internationalen Staatengemeinschaft die Möglichkeit zu geben, in die Konflikte einzugreifen“ (Erhard Busek: *Eine Reise ins Innere Europas*).

WOLFGANG PETRITSCH: Für mich steht im Gegensatz dazu fest, dass wir uns politisch nicht sehr klug verhalten haben. Da unterscheide ich mich von Busek oder auch Rohan. Denn es war eine folgenschwere Unterlassung, vom Tadjman-Kroatien nicht als Preis der Anerkennung seiner Selbständigkeit zu fordern, dass es sich angesichts der 25 Prozent Serben auf seinem Gebiet nicht auf dezidiert kroatisch-nationaler Basis konstituieren dürfe. Es hätte ein *citizen state* gegründet werden müssen, in dem alle Bürger gleiche Rechte haben. Die Abdrängung der kroatischen Serben in den Status einer Minorität hat der Rebellion etwa in der Krajina (wo Serben die Mehrheit bildeten) die zerstörerische Brisanz gegeben. In Jugoslawien wollte niemand Minderheit sein, alle Ethnien verstanden sich als Angehörige gleichberechtigter ‚Staatsvölker‘ – ein im Westen überwundenes Konzept. Vor allem Deutschland aber auch Österreich haben in dieser Hinsicht dezidiert Fehler gemacht und sind daher mitverantwortlich. Auf anderer Ebene hat selbst die UNO eine Mitverantwortung für das serbische Massaker von Srebrenica an 8.000 Muslimen eingestanden. Die Regierung in Den Haag hat ihre Mitverantwortung durch Rücktritt einbekannt. Räumliche Nähe ergibt eben nicht unbedingt bessere Einsichten in die komplexe Problematik. Aber zugleich bin ich überzeugt, dass sich Staaten in der Regel nicht von außen zerstören lassen. Sie zerstören sich vielmehr von innen, wenn die bestimmenden Kräfte nicht mehr zum Dialog miteinander finden, jeder Kompromiss als Verrat an der eigenen engen Sache gilt.

CHRISTIAN REDER: Obwohl sich Franjo Tadjman nicht gerade auffallend positiv von Slobodan Milošević abgehoben hat,

war deren Behandlung von internationaler Seite her sehr unterschiedlich ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... und das hatte eben zur Folge, dass die Krajina-Serben, die ebenso nationalistisch ticken wie die Kroaten, dann die Sezession angestrebt haben. Ich habe bereits erwähnt, in Jugoslawien wollte und will niemand Minderheit sein. Dazu wären Serben in Kroatien geworden und haben gesagt: Da spielen wir nicht mit. Das war den Kroaten durchaus bewusst, weil sie dann in Bosnien genau um diesen, den gleichberechtigten Status gekämpft und ihn dort auch bekommen haben, obwohl es dort nur sechs Prozent Kroaten gibt; vor dem Krieg waren es zwölf Prozent. Nur wenn jede ethnische Gruppe als Staatsvolk anerkannt wird, kann es im ex-jugoslawischen Raum zu pragmatischen Regelungen für das Gemeinsame kommen.

Noch etwas kann am Beispiel Jugoslawiens aufgezeigt werden: Mit dem Eingreifen der internationalen Gemeinschaft in den Konflikt wurde in Europa auch der jahrhundertlang praktizierten Politik der Staatsbildung durch Krieg ein Ende bereitet. Auch das ist eine Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg und Hitlers Weltoberungsphantasien.

CHRISTIAN REDER: Geläufig ist es aber nicht gerade, worauf der in unser Projekt eingebundene Pariser Kulturwissenschaftler Jacques Le Rider, eine Zeit lang Direktor des französischen Kulturinstitutes in Wien, in diesem Band aufmerksam macht: wie sehr nämlich seitens der Habsburgermonarchie, etwa durch die Ansiedlung von Serben in der dann so umkämpften Krajina, die folgenreiche Zersplitterung betrieben worden war. Er spricht dezidiert davon, dass nostalgische Vorstellungen von früherer Harmonie den Blick darauf verstellen, „welche Vorgeschichte zur Eskalation nationaler Chauvinismen und zur exzessiven Radikalisierung des Antisemitismus geführt hat“. Hauptproblem sei die in Eruptionen kulminierende Tendenz „vom Nebeneinander zum Gegeneinander“ geblieben, denn „gerade in Mitteleuropa hat die Bevölkerung zunehmend die Hypostatisierung der kleinen Unterschiede einem Zusammengehen, einer Annäherung vorgezogen“.

WOLFGANG PETRITSCH: Trotz dieser territorialen Unordnung sind aber etwa in Mazedonien mit seiner großen Zahl von Albanern durchaus Möglichkeiten des friedlichen Nebeneinanders im selben Staat umgesetzt worden. Denn nach deren

Rebellion wurde unter dem Druck europäischer Diplomatie eine Wandlung vom slawischen Nationalstaat zu einer Art bi-nationalem Staat akzeptiert. Um eine solche Gleichstellung aller drei Ethnien geht es speziell auch in Bosnien und Herzegowina, das von den ethnischen Strukturen her dem alten Jugoslawien am ähnlichsten ist. Jugoslawien hat es letztlich nicht geschafft, ein einigendes Staatsbewusstsein mehrheitsfähig zu machen; in Bosnien kann dies nur im Rahmen der Europäischen Union gelingen.

CHRISTIAN REDER: In deinem Buch *Bosnien und Herzegowina. 5 Jahre nach Dayton – Hat der Friede eine Chance?* (2001) lässt sich im Detail nachlesen, wie schematisch die politischen Strukturen dort gestaltet werden mussten: „Ein Bosniake, ein Serbe und ein Kroat in der Präsidentschaft, 14 Serben, 28 Bosniaken und Kroaten im Abgeordnetenhaus sowie fünf Serben, fünf Bosniaken und fünf Kroaten in der Volksversammlung; das gleiche Prinzip im Ministerrat ...“ Ein solcher Schematismus nach Primärzugehörigkeit würde in Österreich oder anderswo grotesk zusammengesetzte Volksvertretungen ergeben. Aus einer derart verkrampten Bodenständigkeit Perspektiven zu entwickeln erscheint fast unmöglich.

WOLFGANG PETRITSCH: In solchen Umbruchssituationen bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, das Prinzip des Individuums, des Bürgers, dem Kollektiven zu verbinden, durchaus wie in der Schweiz, deren Staatsbürger zugleich als Angehörige bestimmter Gruppen und als Einzelpersonen akzeptiert sind. Beginnt ein Faktor zu dominieren, entstehen Schwierigkeiten, bis hin zu einem exklusiven Nationalismus, der ein Zusammenleben mit anderen ausschließt. Die überall anzutreffende Ablehnung von Fremden ist eine Sache, etwas anderes ist die Deklassierung von Staatsbürgern, wie wir sie in Österreich nur noch in Südkärnten den Slowenen gegenüber kennen. Da gegenzusteuern, erfordert eben eine Politik, die den Bürger als Träger der Gesellschaft aufwertet, als zäher Prozess, in dem sich Europäisches beweisen muss; siehe Irland, Baskenland, die Roma und Sinti oder eben Bosnien.

CHRISTIAN REDER: Ein Bestärken des Staatsbürgerlichen, von Citoyens, die sich ungeordnet in öffentliche Angelegenheiten einmischen, ist aber auch in fundierteren Demokratien oft nur Ornament, als Pro-forma-Präsenz kritischer Stimmen. Auf ein solches Potenzial bezogen, sind die Länder, von denen wir sprechen, ausgeblutet. Zehntausende wurden getötet. Gro-

ße Teile einer urbanen Intelligentsija sind emigriert oder wurden vertrieben. Bogdan Bogdanović hat das beschrieben; als Architekt und Autor war er kurzzeitig liberaler Bürgermeister von Belgrad, nun lebt er seit Jahren zurückgezogen in Wien. In *Die Stadt und der Tod* (1993) heißt es beschwörend: „Die Verteidigung der Stadt ist, entgegen den Verbrechen der Zerstörer, das einzige wahre moralische Paradigma für die Zukunft“ – gerade auch, weil sich in ihr der „in einem tausendjährigen gegenseitigen Durchdringen“ entstandene Reichtum des Balkans konzentriert.

WOLFGANG PETRITSCH: Für das gespannte Verhältnis von Stadt und Land war die sinnlose Belagerung und Zerstörung Sarajewos exemplarisch. Dort ist der Hass auf das eingespielte und im Wortsinn selbstverständliche Zusammenleben von Serben, Kroaten und bosnischen Muslimen – die sich seit dem Krieg wieder Bosnjaken nennen – in aggressivster Weise sichtbar geworden. Diese eigene Kultur ist vor allem von serbischen Nationalisten frontal bekämpft worden, durch die zweieinhalb Jahre dauernde Beschießung von den umliegenden Bergen aus. Symbol dafür ist der als Kriegsverbrecher gesuchte Radovan Karadžić, der sich in Sarajewo nie wohl gefühlt hatte ...

CHRISTIAN REDER: ... ein anti-urbaner Psychiater und bodenständiger Lyriker?

WOLFGANG PETRITSCH: Schreibend hat er der vormodernen Idylle nachgetrauert, politisch ging es ihm um den Kampf gegen die Stadt, wo durch das urbane Zusammenleben die „Reinheit des serbischen Volkes“ zerstört werde.

CHRISTIAN REDER: Demonstrativ Ländliches hat auch in Österreich eine sonderbare Renaissance erlebt – zu Beginn des neuen Jahrtausends – bis hin zum politischen Stil und den Fernsehauftritten. Moderne Gesellschaften sind urban. Sie als ländlich darzustellen, appelliert an Märchen ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... ich komme vom Land, vielleicht fallen mir deshalb solche Haltungsänderungen in der Politik besonders auf, die Trachtenjanker, die Volksmusik, das Pilgern nach Mariazell, das demonstrative Heucheln von Harmonie und Einheit. Direkte Vergleiche wären zynisch; aber gerade Letzteres ist auch in Jugoslawien sehr offensiv als Verführungsstrategie eingesetzt worden. Titos „bratstvo i jedinstvo“ („Brüderlichkeit und Einheit“) hat die realen Gegensätze eskamotiert – erfolglos wie wir heute wissen.

CHRISTIAN REDER: Die von der Schweiz, von Norwegen ‚durchlöcherter‘ EU-Landkarte wird uns auch noch lange große Teile Ex-Jugoslawiens sowie Albanien als graue Inseln präsentieren. Von konkreten Perspektiven ist wenig die Rede.

WOLFGANG PETRITSCH: Das hängt elementar mit der inneren Krise der EU zusammen. Stichworte: Reformvertrag statt Verfassung, Begrenzung der Osterweiterung, Konsolidierung. Erkannt wurde, dass der Rückhalt für das ‚Projekt Europa‘ in der Bevölkerung schwindet, vieles schlecht kommuniziert worden ist und infolge der neo-kollektiven Führung Europas offenbar visionäre Entscheidungen, die Europa immer wieder nach vorne katapultiert haben, heute fehlen. Die Integration der restlichen Balkanländer stößt zwar nirgends auf völlige Ablehnung; dahinter droht aber die große Frage Türkei/Islam, die man nie massenwirksam aufklärend thematisiert hat. Weil Gegner eines Beitritts der Türkei zur EU immer unterstellen, er würde unmittelbar bevorstehen, verhärten sich die Fronten. Dabei geht es um viele Jahre. Das erzeugt eine skeptische Stimmung, die als Kollateralschaden auf den Balkan zurückwirkt.

CHRISTIAN REDER: Eine Stellungnahme von dir in *DIE ZEIT* hat den provokanten Titel „Balkan will keiner mehr sein“. Bei *basics* beginnend, hieße das für mich in erster Linie, so rasch als möglich für Rechtsstaatlichkeit zu sorgen. Von einem – vielfach nur angeblichen – europäischen Selbstverständnis als „Mutter der Menschenrechte“ war in letzter Zeit allerdings nicht viel zu bemerken, bezogen auf die Grundrechtscharta nicht, bei den höchst defensiven Stellungnahmen zu Guantánamo, zu CIA-Entführungen, zu US-Geheimgefängnissen in Europa und andernorts nicht. Uneuropäisch Aussehende werden straflos drangsaliiert. Korruption kann mit Milde rechnen. Eigene Problemfelder gäbe es also genug, als permanente Aufgabe und Befragung des Forderungshochmuts in Richtung Osten. In unseren für diesen Band in Odessa geführten Gesprächen mit dem Moskauer Philosophen Anatolij Achutin ist eine wenigstens halbwegs gesicherte Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtssituation das verbindende, latent neuralgische Grundthema. Es überstrahlt unübersichtlich gewordene Links-Rechts-Positionierungen.

WOLFGANG PETRITSCH: Das ist auch der Kern des Paradigmenwechsels, der in Europa nach 1945 erfolgt ist; man braucht nur an die unzähligen, ungesühnt gebliebenen politischen

Morde der 1920er und 1930er Jahre zu denken. Auf prinzipieller Ebene ist in Bezug auf Menschenrechte in Westeuropa tatsächlich viel geleistet worden. In Osteuropa ist das Dissidenten überlassen geblieben. Im Kalten Krieg aber hat auch der Westen die Menschenrechte instrumentalisiert, sich als besserer Teil der Welt dargestellt, auf durchaus plausible Weise. Seit dem Ende der Bi-Polarität und vor allem seit den Anschlägen des 11. September findet eine gefährliche Erosion statt. Da es keine Systemkonkurrenz mehr gibt, stehen die Grundrechte sichtlich wieder zur Disposition, nicht nur in den USA, genauso in Großbritannien unter einer Labour-Regierung oder in Deutschland – Einschränkungen allerorts, ohne viel Diskussion. Das halte ich für jene Entwicklung, die das europäische Projekt am meisten in Frage stellt, denn es muss vom Selbstverständnis her an den Prinzipien der Menschenrechte orientiert bleiben.

CHRISTIAN REDER: Diese kommen, wie wir wissen, aus der französischen Aufklärung. In Kommentaren zu den Balkankrisen tauchen aber unvermutet Antagonismen zwischen Frankreich und Österreich auf, so als ob Marie Antoinette noch leben würde. Serbien oder Rumänien haben alte Frankreichbeziehungen; Russland werden Prioritäten unterstellt. Stimmt das überhaupt? Wie könnte das funktionieren, über Generationen hinweg?

WOLFGANG PETRITSCH: Mit einem solchen Historisieren muss man sehr aufpassen. Zu Beginn der Jugoslawienkrise hat es tatsächlich so ausgesehen, als ob alte Verbindungen und Gegnerschaften aktualisiert würden; Katholisches bis hin zum Vatikan, zu Deutschland, zu Österreich auf Seiten Sloweniens und Kroatiens, Frankreich, Großbritannien und Russland auf Seite Serbiens ...

CHRISTIAN REDER: ... so als ob in diesem Fall Orthodoxes, Kyrillisches oder Staatssozialistisches verbindend wirken würde – absurd ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... wie auch die alten Achsen aus den Weltkriegen krass überschätzt werden. Gerade im Jugoslawienkonflikt war davon bald nichts mehr zu bemerken. Die früheren Serbienfreunde Frankreich und Großbritannien sind inzwischen exponierte Vertreter einer Abtrennung des Kosovo. Die französischen Diplomaten – nicht die US-Amerikaner – waren auch die ersten, die nicht mehr an eine friedliche

Lösung geglaubt und 1999 die Nato-Intervention forciert haben.

CHRISTIAN REDER: Im Fernsehen war zu sehen, wie ein jubelnder George Bush in Albanien einen unabhängigen Kosovo versprochen hat, konträr zur russischen Position ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... was deklarierte US-Politik ist. Dabei geht es um militärische Stützpunkte mit Blickrichtung Naher Osten und Kaukasus. Die total proamerikanische Stimmung im Kosovo ist den USA dafür sehr nützlich. Immerhin ist das seit 1999 aufgebaute Fort Bondsteel die größte Militärbasis im gesamten Raum. Den Europäern wiederum geht es tatsächlich darum, eine der letzten großen Konfliktzonen zu befrieden. Zwei Millionen Albaner wollen unter keinen Umständen Teil eines serbischen, für sie verhassten Staates sein. Würde der Kosovo Teil Serbiens bleiben, das auf seine Grenzen von vor hundert Jahren zurückgeworfen ist, käme es wohl zu einem endlosen mehr oder weniger blutigen Bürgerkrieg. Also bleibt nur die Unabhängigkeit, was allerdings voraussetzt, dass es gleichzeitig zu einem, ich möchte sagen, robusten Hineinführen der gesamten Region in die europäische Integration kommt. Ansonsten könnte dort eine Art Mafia-Staat entstehen, der für Europa mehr Probleme schafft als alles andere. Im Kosovo entscheidet sich aber auch die Zukunft der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn die europäischen Instrumentarien dort nicht funktionieren, ist der Weg zum „Global Player“ Europa in Frage gestellt. Freilich, Kosovo allein ist es nicht, die unmittelbare Problematik ‚eingefrorener‘ oder ‚heißer‘ Konflikte, die Option neuer Staaten reicht bis in den Nahen Osten und zum Südkaukasus.

CHRISTIAN REDER: Wir bemühen uns in diesem Buch, eigene Blicke möglichst oft mit solchen aus ‚Gegenrichtungen‘ zu konfrontieren. Schon in Lviv/Lemberg oder in Tscherniwzi/Czernowitz ist oft genug im Gespräch klargeworden, dass der Monarchie-Tourismus auf Unverständnis stößt. Woran sollte dabei auch angeknüpft werden? Abgesehen von Raiffeisen-Banken in jeder Kleinstadt und Investitionsinteressen der OMV oder der Bauwirtschaft, sehe ich nicht, was ‚Österreichisches‘ an Speziellem zu bieten hätte. Warum sollte es auch beliebter sein? Nicht einmal die Sprachen beherrschen wir. Mein ungarischer Großvater konnte neun, meine Mutter vier, bei mir ist es im Wesentlichen bei Englisch geblieben ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... daher bemühe ich mich, dass unser Sohn neben Deutsch, Französisch, Englisch auch seine südslawischen Sprachkenntnisse üben kann ... Nun zum Historisch-Politischen: Kontinuitäten sehe ich durchaus, in emotionalen Bereichen, weil da und dort Spuren positiver Aktivitäten der k. u. k. Monarchie erkennbar blieben, von öffentlichen Bauten, Eisenbahnen bis zu den Grundbüchern. Daraus aber Privilegien abzuleiten wäre absurd. Nostalgie ist nicht politikfähig, dem stimme ich zu.

CHRISTIAN REDER: Auch auf kulturellem Gebiet gilt das Interesse offenbar vorrangig billigen Künstlern, preiswerter Kunst. Eine erste Neugier flacht wieder ab. Boris Marte von der Erste-Bank und die Sammlung Essl haben zwar integrative Osteuropa-Schwerpunkte; mit Francesca von Habsburg tue ich mir da schon schwerer. Hubert von Goisern bewirbt die Kulturhauptstadt 2009 Linz mit Konzerttourneen entlang der Donau. Das mit Medienlabor und Werkstatt ausgestattete „Flagship Europe“ der Architektengruppe um Elsa Prohazka ist ihm sozusagen vorausgefahren. Das Technische Museum Wien präsentierte eine durchdachte Donauausstellung. Eröffnungsredner für die Victor-Pinchuk-Kunststiftung in Kiew war Peter Noever vom MAK, der immer wieder Russisches nach Wien brachte, der Wiener Museumsberater Dieter Bogner ist dort tätig. Viele Studierende aus Osteuropa kommen wegen einer künstlerischen Ausbildung, obligatorische Visas zu erhalten, wird oft genug durch Schikanen erschwert.

WOLFGANG PETRITSCH: Ich verkenne nicht den Wert der erwähnten Initiativen, als Einzelner wäre auch Erhard Busek zu nennen. Aber Wien ist eben nur sehr bedingt zur Drehscheibe geworden. Ob Banken oder Kunst, wenn zu offensichtlich bloß auf den kurzfristigen Vorteil geschaut wird, könnte es bald einen *backlash* geben.

CHRISTIAN REDER: Besonders neuralgisch ist die Mediensituation. Österreich kann mit den gebotenen Qualitäten, den ORF-Querelen und seiner Mediaprint-Monopolisierung kein Vorbild sein. Weiter östlich wird fast ausschließlich auf Trash gesetzt, wenn man sich das Fernsehen und die Zeitungsstände anschaut. Britische, US-amerikanische Zustände. Exemplarische Freiheit. Von notwendiger Demokratisierung zu reden, ist angesichts der Art westlicher Mitwirkung nur zynisch.

WOLFGANG PETRITSCH: In Bosnien und Herzegowina habe ich mich sehr für die Etablierung öffentlich-rechtlicher Sender eingesetzt – übrigens gegen heftigen Widerstand von US-amerikanischer Seite – und mir dafür die besten Leute von BBC geholt. Das sah ich als eine meiner Hauptaufgaben an. Angesichts der schwachen staatlichen Möglichkeiten und schwerelnder Interessenkonflikte bleibt viel davon unvollendet. Zugleich befinden sich in Kroatien nationalistische, gegen das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag Stimmung machende Hetzblätter in österreichischem Besitz, was ein unglaublicher Skandal ist, bei uns aber kaum jemanden interessiert. So sieht die Beteiligung an einer aufzubauenden Zivilgesellschaft aus. Es scheint nur um das schnelle Geld zu gehen.

CHRISTIAN REDER: Machen wir einen Schwenk zu persönlich Erlebtem. Du bist oft mit Slobodan Milošević zusammengekommen. Peter Handke hat, wie wir wissen, durch seinen Kontakt mit ihm, die lapidare Berichterstattung vom Prozess, durch die demonstrative Anwesenheit beim Begräbnis, seine „Gerechtigkeit für Serbien“-Kampagne sehr ins Persönliche, weithin Unverständene gewendet. Seine Texte nachlesend, kann ich, abgesehen von mir zu verträumter Poetisierung des Elends, mit vielem einverstanden sein – nicht zuletzt aus einem Reflex heraus, für *underdogs* Interesse und Solidarität zu zeigen, nicht wie alle Welt über die allein schuldigen Serben herzufallen und um Differenzen besser zu begreifen. Politiker gehen auch zum Begräbnis erklärter Gegner. Handke hat sich offenbar fast im Alleingang in eine solche repräsentative Rolle hineingesteigert. Welche Eindrücke hast du da gewonnen? Zu Auffassungen von ‚Gegenseiten‘, etwa ukrainische, russische, tatarische Sichtweisen den Zweiten Weltkrieg und die Zeit danach betreffend, finden sich in diesem Band Beiträge ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... allein schon wegen dem krassen einseitigen Bild von der Roten Armee, deren Soldaten bei uns nur als Vergewaltiger und Uhrendiebe gelten, ist das überfällig, damit nicht, bloß um den Befreiungsaspekt wegschieben zu können, endlos prolongiert wird, was von den Nazis über sie gesagt wurde ...

CHRISTIAN REDER: ... und wem ist schon bewusst, dass das deutsche Voraus-Bombardement von Stalingrad 40.000 Menschen getötet hat oder durch die Blockade Leningrads eine Million Eingeschlossene umgekommen sind?

WOLFGANG PETRITSCH: Solange solche Sichtweisen nicht gegenseitig bewusster werden, wird immer ein Rest von Verschwiegenem bleiben, das wieder explosiv und giftig hochkommen kann. Einander besser zu verstehen ist dabei gar nicht die Frage, sondern ein offenes Gesprächsklima. Zurück zu Slobodan Milošević, der mich natürlich sehr beschäftigt hat. Im Zuge der Jugoslawien-Verhandlungen in Rambouillet habe ich auch ausführlich darüber mit Peter Handke diskutiert, in seinem Haus ganz in der Nähe des Verhandlungsortes. Das war zu einem Zeitpunkt, als es noch eine geringe Chance gegeben hat, dass Milošević, zweifellos die entscheidende Person, dem Kompromiss zustimmen würde. Handke war sehr emotionalisiert, argumentierte wild gegen die Nato, sah die Serben als Verfolgte; mein Part war die analytische Darstellung von Faktischem. Ich habe ihm aus meiner festen Überzeugung heraus dargelegt, dass der vorliegende Kompromissvorschlag das Optimum sei und durchaus Vorteile für die serbische Seite habe. Denn der Friedensvertrag sah für den Kosovo eine Frist von drei Jahren vor, nach der es eine internationale Konferenz über die Zukunft des Kosovo geben würde, basierend auf den „Helsinki-Prinzipien“ der OSZE, die bekanntlich eine Grenzänderung bloß im gegenseitigen Einverständnis zulassen. Um Rechte der ca. zehn Prozent serbischer Bevölkerung abzusichern, war ein politisches Kräfteverhältnis von 40 zu 60 geplant. Wir hatten aus den Fehlern, die in Kroatien, in Bosnien gemacht worden waren, gelernt. Es sollte sich niemand als Minderheit fühlen, sondern eine partnerschaftliche Struktur implementiert werden. Ich versuchte, Handke klarzumachen, dass die Zustimmung von Milošević – damals, im März 1999 – die letzte Hoffnung vor dem drohenden Eingreifen der Nato war; vielleicht könnte er als unabhängige Stimme von Gewicht sogar mitwirken, diesen vom Sinn dieses Kompromisses zu überzeugen. Ich habe ihm sogar angeboten, mich auf meiner, wie sich dann herausstellte, letzten Reise nach Belgrad zu begleiten. So weit wiederum wollte er sich nicht einmischen. Beim Gespräch der Verhandlungstrioika – der Vertreter der USA, jener Russlands und ich für die EU – mit Milošević habe ich mich, sehr zum Erstaunen meiner Kollegen, tatsächlich auf Handke berufen, um Argumenten für eine friedliche Lösung zusätzliches Gewicht zu verleihen. Bei Milošević hat das keinerlei Eindruck erweckt, er reagierte eher wegwerfend. Dieser einleitende Vorstoß war somit missglückt,

und es ging, ergebnislos, wie wir wissen, in die Details. Ich bin dann wenige Stunden vor Beginn der Nato-Intervention über Ungarn nach Wien zurückgekehrt. Handke hat in den Luftangriffen eine Bestätigung gesehen, dass der Westen dort einfach einen Krieg wollte.

CHRISTIAN REDER: Es kursieren aber auch Geschichten, dass Frankreich die Bombardierung der Belgrader Brücken verhindert habe. Stattdessen wurden sie ausgerechnet in Novi Sad zerstört, der Stadt mit dem liberalsten, multikulturellen Ruf in der Region.

WOLFGANG PETRITSCH: Wie die Nato funktioniert, ist wieder ein eigenes Kapitel. Solche strategischen Einmischungen dürfte es durchaus gegeben haben. Als einziger Vertreter eines Nato-Staates ist der italienische Botschafter in Belgrad geblieben, obwohl viele der Luftangriffe vom norditalienischen Aviano aus erfolgten. Paradox. Später hat er behauptet, dadurch das Bombardieren bestimmter Punkte in Serbien verhindert zu haben. Novi Sad, da stimme ich mit dir überein, fiel wohl eher einem fatalen Missverständnis der Nato-Strategen zum Opfer, schrecklich und sinnlos obendrein ... kriegführende Demokratien tun sich eben besonders schwer. Die USA, auf die 50 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen, haben seit 1945 keinen Krieg mehr gewonnen. Werden daraus Schlussfolgerungen gezogen? Immer fehlt es an diplomatischen und zivilgesellschaftlichen Vorfeld- und Begleitmaßnahmen. Das aber führt uns zum ewigen Pro und Kontra einer umfassenden Friedenspolitik.

CHRISTIAN REDER: Im ‚Krieg gegen den Terror‘ wird ständig mit der Fiktion operiert, ‚Terror‘ sei ein lokalisierbarer Gegner, wie ein Feindstaat. Streng genommen ginge es vor allem um polizeiliche und rechtsstaatliche Maßnahmen, damit eine Militarisierung nicht weiter um sich greift ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... auch deswegen ist die Region Südost- und Osteuropa eine so neuralgische Zone, gleichsam ein Labor für die Probleme des 21. Jahrhunderts, weil es dort desperater als anderswo darum geht, historische Mythen und Stereotypen zu überwinden, neue Gesellschaftsmodelle zu entwickeln, Formen zu finden, wie mit Gewalt, wie mit ethnischen Konflikten, wie mit islamistischer Radikalisierung umzugehen ist.

CHRISTIAN REDER: Dieser Meinung ist auch Erhard Busek, der in der Befriedung dieser Region „die Schlüsselfrage des

21. Jahrhunderts“ sieht. An Fällen wie Tudjman oder Milošević ist aber nichts Neues greifbar geworden, höchstens die Manipulierbarkeit von Nationalgefühlen. Das kennen wir in unseren Breiten auch.

WOLFGANG PETRITSCH: Vieles wurde unberechenbarer. Als ich Milošević 1997 mein Ernennungsdekret als österreichischer Botschafter überreicht habe, normalerweise ein bloßer Formalakt, habe ich vor laufenden Fernsehkameras die Wichtigkeit des Kriegsverbrechertribunals von Den Haag betont. Er war sichtbar irritiert, hat mich aber anschließend in eine lange Debatte darüber verwickelt. Ausländische Diplomaten waren durchaus willkommene Gesprächspartner, solange die innere Korruption nicht thematisiert wurde, die ja die eigentliche Machtbasis dieses Cliques-Regimes gewesen ist. Eine Diktatur im üblichen Sinn war es nicht. Es ist um das Ausformen neuartiger Konstellationen gegangen, damit sich autoritäre Ansprüche mit unglaublich viel Korruption zur Erhaltung des Systems vereinen konnten. Milošević kam aus der kommunistischen Nomenklatura, ist im Kern sicher Kommunist geblieben, war selbst nie Nationalist. Seine ihn sehr beeinflussende Frau stammt aus einer wichtigen Partisanenfamilie. Ihm ging es ausschließlich um Machterhalt. Als durchaus weltgewandter Bankdirektor war er mit globalem Business vertraut. Monatelang ist in Massen gegen ihn demonstriert worden, ohne dass er eingreifen ließ. 1990 war er durch die ersten freien Wahlen als Präsident bestätigt worden. Letztlich ist er auch in den Wahlen von 2000 und den anschließenden Protesten auf ziemlich demokratische Weise gestürzt worden. Das Muster: zynisch, korrupt bis zum Letzten, mit einer kleinen Gruppe von Prätorianern, von Wirtschaftsleuten und tausenden Mitläufern, die von diesem ‚System Milošević‘ profitiert haben. Um sich heute, mit all den medientechnischen Möglichkeiten, in einem Staat an der Macht zu halten und ihn zu beherrschen, braucht es nicht sehr viele Leute.

CHRISTIAN REDER: Auch wenn es gewagt klingt, sehe ich – gerade weil die Unterschiede, die Differenzen oft so überbetont werden zunehmende – Ähnlichkeiten der Machtausübung. Die Verfilzung von George Bush, von Vizepräsident Richard Cheney und ihrer Crew mit Halliburton, mit Rüstungsfirmen, mit privatisiertem Militär, mit Zulieferern, mit CIA-Netzen, mit TV-Stationen wird zwar kommentiert, Konsequenzen bleiben

jedoch höchst defensiv. Ein halbwegs funktionierender Rechtsstaat und manchmal aufbegehrende Medien machen das – so die Botschaft von Pragmatikern – halbwegs erträglich. Bei Wladimir Putin steht durchaus Ähnliches am Pranger, verschärft durch die Wirtschaftsmacht zugehöriger Oligarchen-Konzerne und ständige ostentative Menschenrechtsverletzungen. Alles Negativszenarien dafür, wie es schlimmer werden könnte. Das zum angesprochenen Thema „Labor für die Probleme des 21. Jahrhunderts“. Dass Wahlen mit Geld, Medien, Manipulationen zu gewinnen sind, entspricht auch in weniger drastischen Fällen längst dem Konsens. Demokratie, Menschenrechte – alles periphere Fragezeichen.

WOLFGANG PETRITSCH: Strukturell gesprochen, zeigt die Dekonstruktion des US-amerikanischen und des russischen Modells, dass die Unterschiede tatsächlich nicht allzu groß sind. Auch der zwar relativ demokratisch gewählte, dann aber sehr mächtige US-Präsident bestimmt seine engeren 3.000 Leute selbst – analog zum früheren Zentralkomitee und dessen Nachfolge. Staatliche Macht ist auf einen nur sehr bedingt demokratisch legitimierten Apparat konzentriert. In der Kritik an derartigen Erscheinungen spiegelt sich dann die eigne, subjektive Werthaltung wider. Gegenüber den USA ist man im Allgemeinen großzügiger als im Fall Putin oder Milošević ...

CHRISTIAN REDER: ... weil immerhin eine gewisse rechtsstaatliche Sicherheit Rückhalt bietet, trotz wahltechnischer Katastrophen wie bei der Präsidentenwahl 2000 in Florida, auch die Möglichkeit der Abwahl ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... aber selbst damit hat jemand wie Milošević recht gekonnt gespielt. Er hat bloß gefälschte 35 Prozent der Stimmen gebraucht und diese durch mehr oder minder gekaufte Koalitionen zu 60 Prozent gemacht. Solche krassen Fälle sind aber kein Grund, nicht zugleich zu sehen, dass die Erscheinungsformen des Politischen seit dem Ende der Systemkonkurrenz ähnlicher werden und qualitative Unterschiede im Schwinden sind ...

CHRISTIAN REDER: ... was sich auch in ungebremster Brutalisierung des Wirtschaftslebens ausdrückt. Entspricht dem in der Politik der geschickte, von einem kleinen Team gepushte, halbwegs medienwirksame Manipulierer als Prototyp?

WOLFGANG PETRITSCH: In gewisser Weise sicher, als Tendenz, ohne alles zu plump auf die gleiche Stufe zu stellen. Wichtig bleibt, solche Entwicklungen zu kritisieren und nicht ein System für so überlegen zu halten, dass sich Kritik erübrigt. Erst seit einigen Jahrzehnten verschieben sich bei uns viele Initiativen hin zu zivilgesellschaftlichen Gruppierungen. Gegenkraft sind Abhängigkeit schaffende Ängste, wie den Job zu verlieren. Individuelle Souveränität steht also permanent unter Druck, muss behauptet werden. Um wie viel schwieriger das weiter östlich ist, sollte einem zu denken geben – auch als Frage zu unseren so oft brach liegenden Potenzialen.

CHRISTIAN REDER: Neben den minutiösen Tagebüchern von Victor Klemperer haben sich mir Erzählungen eines befreunden jüdischen Arztes, der mit Glück als Jugendlicher in Czernowitz überlebte, besonders eingepägt. An Antisemitismus, an Pogrome waren sozusagen alle gewöhnt. Für ihn war die menschenverachtende Korruption des Rechtssystems die eigentliche Zäsur, als Polizisten gelacht haben, wenn Menschen aus Fenstern geworfen, Häuser angezündet, Kolonnen von Zivilisten in die Ebenen Transnistriens getrieben wurden. Nirgendwo konnte man sich mehr hinwenden. Jeder Halt war schlagartig verlorengegangen. In Wien erreichte das bekanntlich gleich zu Anfang der NS-Zeit eine ostentative Brutalität, in Polen, in Rumänien, in Moldawien, in der Ukraine wird einem das großflächig bewusster. In ein geschärftes Unrechtsbewusstsein ist das nirgends umgeschlagen. Auf Alltagsebene wird immer noch viel zu viel hingenommen, bis hinein in die Gerichtsbarkeit. Nur wirtschaftlich gilt Rechtssicherheit als Voraussetzung schlechthin.

WOLFGANG PETRITSCH: Was in Österreich in besonderem Maße fehlt, ist die jeweilige Rückbesinnung auf das Prinzip. Jeder prügelnde Polizist wird als Sonderfall hingestellt ...

CHRISTIAN REDER: ... egal ob das Innenministerium in roter oder schwarzer Hand ist.

WOLFGANG PETRITSCH: So ist es. Es müsste viel strikter um Unentschuldbares gehen, um absolute Grenzen. Dafür sind die Vorgesetzten verantwortlich und eine adäquate Rechtsprechung. Menschenrechte als tägliche Praxis ist für uns noch immer nicht selbstverständlich.

CHRISTIAN REDER: Um den Raum nochmals weiter zu öffnen: Unsere Reisen die Donau hinab und die Aufenthalte in

der Ukraine sind – wie frühere Projekte in Syrien, in Libyen – von der Idee geleitet, den Mittelmeerraum, und zwar explizit inklusive Schwarzem Meer, als Transferzone und EU-Nachbarschaft vielschichtiger in den Blick zu bekommen. Welche Perspektiven ergeben sich da, aus deiner Insidersicht? In gewisser Weise ist es die Herodot-Welt, die ich damit meine – oder Byzanz/Konstantinopel/Istanbul, das längst nicht mehr als uralte europäische Metropole gilt.

WOLFGANG PETRITSCH: Sich dabei auf Historisches zu berufen, ob Christentum oder griechische Philosophie, kann auf eklektische Irrwege führen, aber auch bewusst machen, wie sehr Europa ein geistig-emotional-intellektuelles Gebilde ist, das sich territorial nicht deutlich abgrenzt. Beim Versuch, aus dem 21. Jahrhundert zurückzudenken, wird es für mich sehr wahrscheinlich, dass es Staaten in der festgefühten Struktur, wie wir sie kennen, bald nicht mehr geben wird. Es werden sich andere, einander überlagernde Organisationsformen herausbilden. Die globale wirtschaftliche Dynamik wirkt in Richtung Ent-Ortung; multinationale Konzerne, die globalen Finanzmärkte weisen die (problematische) Richtung. Geographie und Grenzen werden eine weit geringere Rolle spielen. Dass es linear und sozusagen vorhersehbar weitergeht, glaubt ohnehin niemand mehr. Vor zwanzig Jahren konnte niemand sich vorstellen, in welcher Situation wir heute leben. Nicht von ungefähr lesen sich heute wissenschaftliche Werke der Futurologenzunft der 1970er Jahre wie Jules Vernes' Epigonen. Wie soll sich also jemand vorstellen können, was in zwanzig Jahren im Mittelmeerraum oder mit der Türkei los ist?

CHRISTIAN REDER: Im Zuge der panischen Ja-Nein-Debatten ist mir in den Sinn gekommen, dass sich bis dahin auch für die Türkei, der ich neugierig und freundlich gegenüberstehe, durchaus andere, bessere Alternativen ergeben könnten, als formal als Europäer integriert zu werden – selbst wenn sie zu den ersten Beitrittswerbfern gehörte.

WOLFGANG PETRITSCH: Werde ich gefragt, ob ich für oder gegen einen EU-Beitritt der Türkei sei, antworte ich immer: Das kann derzeit niemand entscheiden, es wird sich im Zuge der Verhandlungen herausstellen. Kategorisch dagegen zu sein, ist das Dümme. Eher dafür zu sein, ist schon vernünftiger, weil es Offenheit ausdrückt. Auch das Argument, wir würden dann direkt an die Unruheherde Naher Osten und Kaukasus grenzen,

ist unsinnig. Europa ist längst involviert, zahlt jährlich Milliarden Euro, um die Situation halbwegs zu verbessern. Die effektive räumliche Distanz ist also irrelevant. Lassen sich diese Konflikte in zwanzig Jahren nicht lösen, wird auch die Rolle Europas in Frage gestellt. Gelingt eine Konfliktlösung zwischen Türken und Kurden, zwischen Israelis und Palästinensern, findet der Iran zur Normalität zurück, würde sich eine völlig neue Dynamik ergeben. Angesichts solch krasser Alternativen würde ich darauf setzen, mit prägnant denkenden Menschen unterschiedlichster kultureller Prägung die Idee Europa in all ihren Dimensionen neu zu organisieren, als weiterlaufenden, offenen Prozess. Das löst sich vom Territorium, von der Frage nach Grenzen. Es kann durchaus dazu kommen, dass die Skeptiker bereuen, nicht früher partnerschaftliche Beziehungen eingeleitet zu haben. Aus der Vergangenheit heraus zu denken, bezieht nicht ein, dass starre Denkmuster in aller Regel von der Realität überholt werden.

CHRISTIAN REDER: Eine solche Entgrenzung hat etwa auch Jacques Derrida vehement vertreten, der als in Algerien geborener Jude zeitlebens vom antisemitischen Klima der Pétain-Jahre geprägt blieb. „Europäer“ und „in Europa“ könne man sein, heißt es bei ihm dezidiert, „ohne auf dem Territorium eines europäischen Nationalstaates leben zu müssen“. Ob für die damit gemeinte Selbstsicherheit liberale Lebensformen, eine faire Frauensituation, Ablehnung von Folter und Todesstrafe etc. reichen, wäre allerdings zu fragen. Es braucht auch adäquate materielle Chancen ...

WOLFGANG PETRITSCH: ... und hat viel mit einem intelligenten Türkei-Diskurs zu tun und damit, wie sich dieses Europa künftig organisiert. Dieses Europa, wenn es gelingt, wird etwas Neues sein, und darüber gilt es nachzudenken.

CHRISTIAN REDER: Für mein Denken brauche ich dennoch Muster, zum Beispiel die eindrucksvolle Tradition Istanbul als Refugium für politisch Verfolgte, von den spanischen Juden 1492 bis zu polnischen, ungarischen Aufständischen, bis hin zu Trotzki, zur Nazizeit. Dazu gibt es in diesem Band eine knappe Recherche, als Gegenbild zum „osmanischen Joch“, von dem in Wien und ab Wien weiterhin so oft höchst unreflektiert die Rede ist.

WOLFGANG PETRITSCH: Während langer Phasen war Fundamentalismus eben Sache von Christen. Traditionalistische Ser-

ben wiederum finden ohne Bezüge zum 500-jährigen Abwehrkampf gegen die Türken keinen Halt.

CHRISTIAN REDER: Es bräuchte eben eine dissonante Geschichtsschreibung, die nicht bloß harmonisierte Nationalgeschichten zusammensetzt, sondern als Geflecht von Erzählungen Orientierung liefert. Wie dazu etwa Dragan Velikic als Schriftsteller, Philosoph und nun auch Botschafter von Serbien in Wien argumentiert, ist in diesem Buch nachlesbar. In jeder unserer Reisestationen ließen sich gegenseitig Kenntnisse vertiefen, die auf hinter Gemeinsamem auftauchende Fragen verweisen. Das weitet sich gleichsam ins Unendliche aus, wenn dann noch die Ukraine und Russland einbezogen werden. Von Perspektiven, wie sich die EU ihre Beziehungen mit einem ‚draußen‘ bleibenden Russland vorstellt, ist nicht viel zu hören. In der Ukraine wiederum wurden Hoffnungen auf einen Beitritt geweckt, trotz der Divergenzen zwischen den westlichen und den nach Russland orientierten Landesteilen, zu denen auch die Krim gehört. Phasenweise sah es durchaus nach Sezessionskriegen aus. Warum auch sollte sich Russland Brüssel unterwerfen und sich Brüssel einen unberechenbaren Giganten hereinholen? Privatpersonen, die sich das in hoffnungsloser Weise wünschen, haben wir bei unseren Recherchen einige getroffen.

WOLFGANG PETRITSCH: Ein Beitritt Russlands steht tatsächlich auf keiner Tagesordnung, und ich sehe auch nirgends Anzeichen, dass er von dessen Vertretern gewünscht würde. Für Annäherungen müsste sich eine tiefgreifende Diskussion um die Ausformung von Kooperationsmodellen ergeben und eine plausible Durchlässigkeit erreicht werden, was nach siebzig Jahren Abschottung tief in die Mentalitäten eingreift – als Europäische Union und Russland, nicht inklusive Russland.

Für einen EU-Beitritt der Ukraine – und da muss man sehr vorsichtig argumentieren – ist das Verhältnis zu Russland entscheidend. Es geht nicht um ein ‚entweder – oder‘ sondern um beides. Die Ukraine selbst kann nur im ‚sowohl als auch‘ überleben. Eine scharfe Abgrenzung zwischen der Ukraine und Russland zu provozieren, wäre höchst problematisch. Das macht es in diesem Falle schwierig. Sich zuspitzende Konflikte heraufzubeschwören wäre extrem kontraproduktiv. Wichtig bleibt, an einem geistigen Klima mitzuwirken, das Perspektiven greifbarer macht.

CHRISTIAN REDER: In seinem Klagen über Russland hält Alexander Solschenizyn die – ihm zufolge durch USA und Nato provozierte – Abtrennung der Ukraine und Weißrusslands für reversibel. Dass die Krim mit der ‚Heldenstadt‘ Sewastopol nun Ausland sei, ist ihm unerträglich, als einem Verdrängtwerden vom Schwarzen Meer. ‚Russland wird nie einen Weg gehen können, der mit dem Westen identisch ist‘, postuliert er entschieden. Die Abspaltung nicht-russischer Staaten schütze das russische Volk seiner oft unverhohlenen rassistischen Meinung nach wenigstens vor ‚dessen Ertrinken in der anschwellenden asiatischen Welt‘. Davon sei auch Sibirien bedroht, durch eine längst angelaufene ‚friedliche Invasion‘ aus China.

WOLFGANG PETRITSCH: Für nationalistischer gewordene Stimmungen mag das durchaus repräsentativ sein, als Ausdruck verstörter Verunsicherungen. Welche gesellschaftlichen Kräfte sich unterhalb der erkennbaren Machtstrukturen formieren, ist eben noch sehr unübersichtlich, gerade auch angesichts des Drucks auf kritische Gruppierungen. Vieles läuft in Richtung weiterer Zentralisierung; so will Putin Sibirien stärker in den Griff bekommen, indem er bekanntlich die Gouverneure nicht mehr auf der Basis von Regionalwahlen, sondern direkt von Moskau aus bestimmt.

CHRISTIAN REDER: Es ist auch immer wieder von einem sibirischen Separatismus die Rede. Dass die Parallele zum Irak, der Krieg in Tschetschenien, grauenhafte Formen angenommen hat, ist medial durchaus präsent. Geläufig ist aber nicht, wie elementar die Aversionen sind. Solschenizyn tritt im genannten Buch zwar für dessen Unabhängigkeit ein, spricht von einem ‚verbrecherischen Krieg‘, beschuldigt aber die Tschetschenen zugleich, dass sie ‚mit ihren kriminellen Geschäften am Körper Russlands schmarotzen‘, mit ihrem ‚unbeugsamen und hitzigen Charakter‘ nicht integrationsfähig seien und ihrerseits die russische Bevölkerung im Land demütigen, verfolgen, berauben, ermorden.

WOLFGANG PETRITSCH: Es ergeben sich Fragen wie im Kosovo, die längst zu analogen Konfliktregelungen hätten führen müssen. Mit den Kriegen auf dem Balkan ist nichts, absolut nichts erreicht worden. Auch diese banale Erkenntnis bedarf noch ihrer Vertiefung. Das zum Thema ‚Labor des 21. Jahrhunderts‘.

CHRISTIAN REDER: Nach insgesamt zwei Monaten in der Ukraine erscheint mir einerseits die Stimmung dort, inklusive

EU-Hoffnungen, viel optimistischer, als es unsere Medien transportieren, andererseits hat selbst die Spaltung in einen ostentativen Reichtum und eine Massenarmut mit 100 Euro Monatseinkommen etwas bedenkenswert Perspektivisches; überall auf der Welt läuft vieles in diese Richtung. Als Untergrund wird einem ständig bewusst, dass es sich um das geschundenste Land der neueren Geschichte handelt: als Hauptschauplatz beider Weltkriege, wegen der hervorgerufenen Hungerkatastrophe, der systematischen Verwüstung, wegen der Judenvernichtung. Das spräche für internationale Anstrengungen, gerade jetzt noch. Bei der Eliminierung der Atomwaffen aus sowjetischem Erbe und bei Tschernobyl hat es sie ja gegeben. Es waren doch primär aus dem Westen kommende Aggressionen, die so lange nachwirken, als Teil der ‚gemeinsamen‘ Geschichte.

WOLFGANG PETRITSCH: Ganz entscheidend wäre, überholte und sich neuerlich festfahrende Vorstellungen von Ost und West zu überwinden, die ja nie nur geographisch gemeint sind, sondern auch Urteile enthalten. Solche Kategorisierungen entwickeln – wie auch ‚Nord-Süd‘, ‚tüchtig‘ versus ‚träge‘ – ein Eigenleben. Einerseits wird in Russland seit Peter dem Großen der Westen mit positiven Perspektiven gleichgesetzt; andererseits gab es stets starke gegenläufige Traditionen, ‚Slawophile‘, ‚Eurasier‘. Im Westen wiederum haben sich oft genug Überlegenheitsgefühle mit einer Russland-Romantik vermischt. Das neue Europa müsste es schaffen, diese gedanklichen Einbahnen in einen akzeptierten und befruchtenden Gegenverkehr zu verwandeln, um die Ukraine und Russland in die Idee Europa einzubinden. Wo dann die Grenzen Europas verlaufen, wäre in diesem Fall sekundär, ein Zusammenhang mit Sibirien, mit Zentralasien durchaus etwas Positives. Wie viel kulturelle Vielfalt ließe sich da einbeziehen? Politik und Verwaltung können dazu nur sehr bedingt etwas beitragen. Es läge an sensibleren Integrationsformen, um einem Auseinanderdriften von West- und Ost-Ukraine zu begegnen, um für Moldawien – gewissermaßen eine Spätfolge der Jalta-Grenzen –, die Russen auf der ukrainischen Krim, für Abchasien/Georgien und schließlich für die Kaukasusregion politisch und kulturell Zukunftschancen zu eröffnen.

CHRISTIAN REDER: Insgesamt ist die Auflösung der Sowjetunion signifikant friedlich verlaufen. Nach dem Rückzug

des Britischen Empire aus Indien hat es Millionen Tote gegeben. Auch die Rückkehr zehntausender unter Stalin nach Usbekistan deportierter Krim-Tataren erfolgt weitgehend ohne Konflikte. Ihr gewählter Repräsentant Mustafa Djamiljow – ein Gespräch mit ihm zur Situation der Tataren findet sich in diesem Band – hat dafür den UNHCR-Nansenpreis erhalten. Eine solche Reintegration, noch dazu von Muslimen, würde weiter westlich auf die größten Schwierigkeiten stoßen.

WOLFGANG PETRITSCH: Für einen westlichen Hochmut, der stets die eigenen Modelle für die besten hält, sind das wichtige Gegenbeispiele. So begeisternd vieles ist, was in Europa passiert, sollte es uns zu denken geben. Wir erleben doch ständig, was alles nicht funktioniert. Der Versuch, mit der Irak-Intervention die gesamte Region demokratisieren zu wollen, ist der aktuellste Fall. Angesichts der noch immer dramatischen Bilder aus dem Irak ist jedoch homerisches Gelächter über die missratende US-Politik für uns Europäer unangebracht. Was dort geschieht, trägt auch europäische (koloniale) Spuren. Im Gegensatz zu anderen Weltgegenden sind Europas Kriege stets von innen her entstanden, was evident macht, dass es nie als geschlossenes System funktionieren konnte. Europa wird sich nur dann überzeugend entwickeln, wenn es offen ist für Impulse von außen und sie offensiv aufnimmt. Abendland-Dogmatiker sind dafür allzu oft blind und sehen auch nicht, wie verbreitet europäische Haltungen längst sind – nämlich überall dort, wo sich in der Vergangenheit Millionen europäischer Emigranten niedergelassen haben.

CHRISTIAN REDER: Würden Mehrfachidentitäten als Gewinn angesehen, ließe sich Nationales entkrampfen. Es gibt Millionen von Russen in der Ukraine, die, wenn überhaupt, erst allmählich das von ihnen nur mehr oder weniger verstandene Ukrainisch lernen. Wer weiß das schon bei uns? Gerade weil die – auch kulturelle – Vielsprachigkeit abnimmt, wäre eine Zivilisierung von Differenz das Entscheidende. Wirtschaftlich und politisch läuft ohnedies alles auf Synchronisation hinaus.

WOLFGANG PETRITSCH: Mit meiner deutsch-slowenischen Doppelidentität habe ich zeitlebens erfahren, wie stark der Anpassungsdruck ist. Für meine Arbeit in Bosnien und Herzegowina war das Wissen darum, was mein ‚Bauchgefühl‘ für Diffuses sehr wichtig. Die Gesellschaft dort ist so ausgeprägt vieldimensional, dass die Reduktion auf das eine zur blanken



Caroline Reder: Sarajewo

Verarmung wird. Um dem entgegenzuwirken bräuchte es von den Schulen an – selbstverständlich auch bei uns – ein Heranführen an die Komplexität der modernen Welt. Es müsste bewusst gemacht werden, dass jeder Mensch ohnedies in vielen unterschiedlichen Rollen lebt und er sich weiterer Vielfalt nicht verschließen sollte.

CHRISTIAN REDER: Obwohl in Zeiten des sich formierenden Nationalismus gegründet, ist Odessa die längste Zeit keine russische Stadt gewesen. Erster Gouverneur war ein aus Spanien stammender Neapolitaner, ihm folgten zwei Franzosen, dann ein weltgewandter Russe. Aus ihrer Zeit stammt die beeindruckend weiterwirkende urbane Qualität der Architektur. Neben Russen und Ukrainern haben Griechen, Italiener, Deutsche und bald auch viele der Shtetl-Welt entkommene Juden das Geschehen geprägt. All das ist – in mehreren Etappen – ruiniert worden; europäischer konnte eine Stadt kaum sein.

WOLFGANG PETRITSCH: Was einmal funktioniert hat, könnte – *mutatis mutandis* – auch heute wieder funktionieren. In Kultur und Wirtschaft ist es überall internationaler geworden, nur in der Politik selbst sind noch nationale Kriterien ausschlaggebend. Eine stabilisierte Europäische Union – Stichworte: Reformvertrag, Präsident, Außenminister – wird das angesprochene Zusammenwirken von Verschiedenem hoffentlich auch qualitativ bestärken. Jede Enge macht sich doch auch als stereotype Kommunikation bemerkbar. Das ist etwa in den USA, trotz gegenwärtiger neokonservativer Verformung, Teil des Selbstverständnisses. So bin ich ausdrücklich wegen meiner Kritik

an US-amerikanischen Irak-Positionen nach Washington eingeladen worden, um Perspektiven zu diskutieren. Die US-Administration ist da sehr pragmatisch; fällt ihr jemand mit anderen Vorstellungen auf, wollen sie ihm wenigstens einmal zuhören. In Österreich kommt es dazu kaum. Deine Projekte haben ja auch einen einseitigen Charakter, als Arbeit zwischen den oft öden Spezialisierungen. Um solche Initiativen ginge es, durchaus im Sinn eines Stimmengewirrs prägnant denken der Menschen unterschiedlichster kultureller Prägung. In seinen besten Phasen ist Europa immer ein ausstrahlender, vieles aufnehmender Transferplatz gewesen.

Wolfgang Petritsch: *Bosnien und Herzegowina. 5 Jahre nach Dayton – Hat der Friede eine Chance?*, Klagenfurt/Celovec 2001, 3. Auflage 2007, S. 130 | *Kosovo-Kosova. Der lange Weg zum Frieden* (mit Robert Pichler), Klagenfurt/Celovec 2005 | *Kosovo-Kosova. Mythen, Daten, Fakten* (mit Karl Kaser, Robert Pichler), Klagenfurt/Celovec 1999 | „Balkan will keiner mehr sein“, DIE ZEIT, Hamburg, Nr. 36, 31. 8. 2000; auch in: *Bosnien und Herzegowina*, S. 207ff.

Albert Rohan: *Diplomat am Rande der Weltpolitik*, Wien 2002, S. 164 | Erhard Busek: *Eine Reise ins Innere Europas. Protokoll eines Österreicherers*, Klagenfurt/Celovec 2001, S. 80, 141 | Bogdan Bogdanović: *Die Stadt und der Tod*, Essays, übersetzt von Klaus Detlef Olof, Klagenfurt/Celovec 1993, S. 66, 43f. | Jürgen Habermas, Jacques Derrida: *Philosophie in Zeiten des Terrors*, Hg.: Giovanna Borradori, übersetzt von Ulrich Müller-Schöll, Berlin 2004, S. 155 | Alexander Solschenizyn: *Russland im Absturz*, übersetzt von Gennadi E. Kagan, Wien 1999, S. 84, 41, 45, 52, 91ff.